

Bundesförderprojekt Schützenpark
Hier: Sanierung (Sedimententnahme) Schützenteich

Aktualisierung der Stellungnahme der unteren Bodenschutzbehörde (18.1.2)

Aus Sicht der unteren Bodenschutzbehörde sind im Rahmen des Projekts insbesondere Aspekte des vorsorgenden Bodenschutzes zu berücksichtigen, da große Bereiche des Schützenparks überwiegend wenig anthropogen überprägt sind und zudem die Nutzung der Parkfläche als sensibel betrachtet werden darf. Die Bundesbodenschutzverordnung weist für Parkflächen für den Wirkungspfad Boden-Mensch eigens Prüfwerte im Oberboden aus.

Auflagen

1. Um sicherzustellen, dass dem vorsorgenden Bodenschutz ausreichend Rechnung getragen wird, ist sind folgende Punkte zu erfüllen

a.) Erstellung eines Bodenschutzkonzeptes im Prozess der Angebotsabgabe. Hierbei sind zum einen die Baustellenerschließung sowie die Baustelleneinrichtungsfläche zu thematisieren. Lage und Ausdehnung sind nachvollziehbar darzustellen. Ebenso sind Tabuflächen, die sich im Abstimmungsprozess ergeben, auszuweisen. Zum anderen sind Maßnahmen zu definieren, die für einen ausreichenden Schutz des Bodens vor Kontaminationen während des Transports, der Lagerung und Behandlung sowie Entsorgung des Schlammes und der Rückführung des Filtratwassers sorgen. Das Bodenschutzkonzept ist mit der unteren Bodenschutzbehörde abzustimmen. Von einem bestehenden Bodenschutzkonzept im Zuge der Maßnahme abweichende Bodenschutzmaßnahmen unterliegen vor Ausführung der Zustimmung der unteren Bodenschutzbehörde.

b.) Das abgestimmte und genehmigte Konzept wird Teil der Unterweisung zu Beginn der Maßnahme und ist von den Teilnehmenden schriftlich zu bestätigen. Die Dokumentation sowie die Beteiligtenliste sind der unteren Bodenschutzbehörde vorzulegen.

c.) Die Umsetzung und Einhaltung des Bodenschutzkonzeptes ist im Zuge der Baubesprechungen durch die Bauleitung zu protokollieren und mit Fotos zu dokumentieren und der UBB zeitnah zu übermitteln.

d.) Nach Abschluss der Maßnahmen ist eine kleine Abschlussdokumentation zu verfassen. Art und Umfang sind mit der unteren Bodenschutzbehörde abzustimmen.

2. Der Maßnahmenbeginn ist der unteren Bodenschutzbehörde fünf Arbeitstage vorher schriftlich anzuzeigen.

Ansprechpartnerin: Marlies Eggersgluß, E-Mail: marlies.eggessgluess@kiel.de, Tel.: -3978